

**4050**

KR-Nr. 384/2000

**Bericht und Antrag  
des Regierungsrates an den Kantonsrat  
zum Postulat KR-Nr. 384/2000  
betreffend Staatskundeunterricht**

(vom 5. Februar 2003)

Der Kantonsrat hat am 26. März 2001 folgendes von den Kantonsräten Thomas Dähler, Zürich, und Dr. Jean-Jacques Bertschi, Wettswil a. A., sowie Kantonrätin Brigitta Johner, Urdorf, am 27. November 2000 eingereichte Postulat zur Berichterstattung und Antragstellung überwiesen:

Der Regierungsrat wird eingeladen, selbstständig oder auf dem Weg über die Erziehungsdirektorenkonferenz darauf hinzuwirken, dass der Unterricht in Staatskunde und aktualitätsbezogener Geschichte in geeignetem Rahmen und Umfang bereits ab dem 7. Schuljahr erteilt wird.

---

Der Regierungsrat erstattet hierzu folgenden Bericht:

Am 20. Oktober 1998 hat der Bildungsrat beschlossen, Englisch an der Oberstufe der Volksschule obligatorisch einzuführen. Dabei wurde die Lektionentafel der Oberstufe neu festgelegt. Um den Einbau von zusätzlichem Englischunterricht zu ermöglichen, mussten einerseits die Gesamtlektionenzahl für die Schülerinnen und Schüler leicht erhöht und andererseits am Umfang verschiedener Fächer kleine Reduktionen vorgenommen werden. Im 7. Schuljahr wurde dabei die wöchentliche Lektionenzahl für «Realien» von 6 auf 5 verringert. Es trifft jedoch nicht zu, dass der Bildungsrat dabei vorschrieb, diese Reduktion ausschliesslich auf den Teilbereich «Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft» zu überwälzen. Vielmehr kann der Abbau auf Grund der organisatorischen Rahmenbedingungen des Lehrplans alle Teilbereiche gleichmässig erfassen. Es bestehen Anzeichen dafür, dass insbesondere in der Sekundarschule A «Vergangenheit, Gegenwart,

Zukunft» am stärksten von der Lektionenreduktion betroffen ist. Eine Überarbeitung des Lehrplans, d. h. der Ziele und Inhalte für «Realien» an der Oberstufe war nicht vorgesehen. Ausserdem sind die Ziele und Inhalte als Stufenlehrziele festgelegt. Es liegt daher im Ermessen der Lehrpersonen, sie sinnvoll auf die drei Schuljahre zu verteilen. Diese Rahmenbedingungen ermöglichen es, die vorgeschriebenen Ziele auch mit der Lektionentafel von 1998 zu erreichen.

Politische Bildung ist gemäss Lehrplan ein so genannter fächerübergreifender Unterrichtsgegenstand. Die Ziele und Inhalte sind in die fünf Unterrichtsbereiche integriert. Politische Bildung ist jedoch weit mehr als die Vermittlung staatskundlichen Wissens. Es gibt keine Studie, die belegt, dass ein Zusammenhang besteht zwischen dem Umfang der Stimmbeteiligung und dem in der Schule vermittelten staatskundlichen Wissen. Auch wenn staatskundliches Wissen zur politischen Mündigkeit gehört, sind die Gründe für die geringe politische Aktivität wesentlich komplexer und noch wenig erforscht.

Seit Bestehen der öffentlichen Volksschule ist die Erziehung zu mündigen Staatsbürgern eines ihrer Hauptziele. Insbesondere folgende Grundhaltungen und Fähigkeiten sollen gefördert werden: Gemeinschaftsfähigkeit, Solidarität, Verantwortungswille sowie Urteils- und Kritikfähigkeit. Lehrpersonen im Schuldienst der Zürcher Volksschule sind gemäss dem Leitbild des Lehrplans diesen Haltungen verpflichtet; sie sind übergeordnete Zielsetzungen für die gesamte Volksschulzeit und alle Unterrichtsbereiche.

Die in der Schweiz, aber auch in anderen Ländern festgestellte eher geringe politische Aktivität der Bevölkerung beschäftigte in den letzten Jahren den Europarat sowie Pädagogen in vielen europäischen Ländern. Es liegen zahlreiche Studien und Berichte zur Thematik vor. Sie zeigen auch Unterrichtsformen auf, die dazu beitragen, die oben erwähnten Haltungen aufzubauen, z. B. soll Schülerinnen und Schülern ermöglicht werden, den Schulalltag mitzubestimmen, aber auch entsprechende Pflichten zu übernehmen. Wenn Schülerinnen und Schüler erleben, dass sie durch persönliches Mitwirken den Schulalltag mitgestalten können, ist davon eine positive Wirkung auch auf auserschulische Aktivitäten zu erwarten. Unbestritten ist sodann, dass die Fähigkeit, Informationen zu verstehen, zu gewichten und sich eine Meinung zu bilden, wesentlich zur politischen Mündigkeit beiträgt, ebenso wie die Fähigkeiten, zuzuhören, sich auszudrücken und zu argumentieren. Die Schule kann dazu Beiträge leisten. Allerdings zeigen einzelne Studien auch auf, dass das Elternhaus den stärksten Einfluss auf das politische Wirken junger Menschen hat.

Neben dem Aufbau der erwähnten Grundhaltungen hat in der Oberstufe der Volksschule auch ein eigentlicher Unterricht in politi-

scher Bildung stattzufinden. Allerdings steht in diesem Alter nicht lediglich die systematische Vermittlung von Wissen über die Institutionen unseres Staates im Zentrum. Vielmehr geht es darum, demokratische Abläufe anhand aktueller oder fiktiver Themen erfahrbar zu machen. Dabei sind aktuelle Ereignisse, welche die Jugendlichen interessieren oder bewegen, zum Lernanlass zu nehmen. In Zusammenarbeit mit der interkantonalen Lehrmittelzentrale plant die Bildungsdirektion Unterrichtshilfen, die es den Lehrkräften der Sekundarstufe I ermöglichen sollen, anhand aktueller Anlässe stufengerecht Grundwerte und Funktionsweisen unserer Demokratie aufzuzeigen und erleben zu lassen.

Im Auftrag der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) hat das Pädagogische Institut der Universität Freiburg im Rahmen eines zweijährigen Mandats drei Hauptfragen zur politischen Bildung untersucht: Es wurden eine Diagnose zum Stand der politischen Bildung in den Schweizer Schulen vorgenommen, die aus politischem Unterricht resultierenden Effekte und allfällige Lücken aufgezeigt sowie Grundsätze einer zeitgemässen, stufenbezogenen politischen Bildung formuliert. Das Tätigkeitsprogramm der EDK sieht vor, diesen Bericht unter gesamtschweizerischer Federführung ab 2003 in Folgeprojekten auszuwerten.

Die Pädagogische Hochschule Zürich arbeitet zurzeit gemeinsam mit der Universität Bern und dem Didaktikum des Kantons Aargau an einem Forschungsprojekt «Geschichte und politische Bildung im Unterricht». Es handelt sich um eine Videostudie, in die zahlreiche Klassen der Sekundarstufe I auf allen Leistungsniveaus einbezogen werden. Erste Ergebnisse können ungefähr in einem Jahr erwartet werden. Gestützt auf diese Ergebnisse werden an der Pädagogische Hochschule Ausbildungsmodule entwickelt, die zu einer Verbesserung des Unterrichts in politischer Bildung führen sollen. Ebenso sind entsprechende Weiterbildungsangebote für amtierende Lehrpersonen geplant.

Gestützt auf diesen Bericht beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, das Postulat KR-Nr. 384/2000 als erledigt abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:  
Buschor

Der Staatsschreiber:  
Husi